

Verkehr – Geplanter Brückenabriss auf der B 312

Bürgerinfo im November

KREIS REUTLINGEN. In Sachen Abriss und Neubau von Aichtalbrücke und Ermstalviadukt auf der B 312 wird das Regierungspräsidium Stuttgart voraussichtlich im November in Reutlingen eine Bürgerinformationsveranstaltung ansetzen. »Eine gute Nachricht« sei dies, verkündete Baudezernentin Angela Weiskopf im Bauausschuss. Oft müsse man »drängen«.

In Reutlingen fürchtet man wie berichtet, dass die ab der zweiten Jahreshälfte 2029 für circa 14 Monate geplante Vollsperrung der B 312 reichlich Umleitungsverkehr in der Kernstadt, insbesondere auch in den Nordraum lotst.

Untersuchung läuft

Die FWV-Fraktion hat im Juni beantragt, dass sich die Stadtverwaltung mit den zuständigen Planern ins Benehmen setzt, damit die Lkw-Umleitungsstrecken nicht durch Rommelsbach und Mittelstadt geführt werden. Während der Baumaßnahmen solle ein ganztägiges Lkw-Durchfahrtsverbot für beide Stadtteile angeordnet wird. Zudem forderte sie die zeitgleiche Durchführung beider Baumaßnahmen.

Aktuell werde im RP Stuttgart untersucht, wie sich Arbeiten und Sperrung der B 312 aufs Straßennetz auswirken, hieß es im Ausschuss. Das Untersuchungsergebnis wird voraussichtlich im Oktober vorliegen. Nach den bisherigen Plänen des RP wird der Schwerverkehr über die B 313 und Nürtingen in Richtung Wendlingen und A 8 umgeleitet.

Um die Befürchtungen von Rommelsbach und Mittelstadt »aufzunehmen«, dass der Schwerverkehr doch durch die beiden Bezirke fährt, führt die Stadtverwaltung ergänzend ebenfalls eine Verkehrsuntersuchung durch. Sie soll die Erfordernis des gewünschten Lkw-Durchfahrtsverbots für die beiden Stadtteile prüfen.

Beide Baustellen parallel

Unterdessen haben die Stuttgarter auch angekündigt, Aichtalbrücke und Ermstalviadukt zeitlich parallel zu bauen. Dies war von Reutlingen und anderen Anrainerkommunen gefordert worden, damit die Umleitungsstrecken so kurz wie möglich belastet werden.

FWV-Rat Erich Fritz wollte noch wissen, ob denn eine eigene Verkehrsuntersuchung der Stadt vonnöten sei. Laut Stadtplaner Stefan Dvorak braucht die Stadt jedoch Argumente für eine Lkw-Verkehrseinschränkung. Und: Man möchte nicht warten, bis die Laster durch die Orte rauschen.

CDU-Stadträtin Gabriele Gaiser, die auch Rommelsbacher Bezirksbürgermeisterin ist, berichtete von der »großen Unruhe« im Ort. Die nun etwas gelindert werde, auch durch die Ankündigung der Verwaltung proaktiv den Verkehr zu untersuchen. (igl)

Flohmarkt für Kindersachen

SONDELFINGEN. Ein Markt für Baby- und Kinderbekleidung für Herbst und Winter, Spielzeug, Babyausstattung, Fahrzeuge et cetera ist Samstag, 26. September, 13 bis 15 Uhr in der Sondelfinger Festhalle. Gut erhaltene, saubere Ware (Bekleidung bis Größe 176) kann in der Zeit von 9 bis 10 Uhr im Foyer der Halle abgegeben werden: pro Haushalt maximal 30 Teile (darunter maximal drei Jacken und drei Paar Schuhe) – in Plastikkörben, nicht in Tüten. Die Warenauszeichnung muss Artikelbezeichnung, Größe, Preis enthalten. Das Etikett sollte groß genug und an der Ware befestigt sein. Nummern für Verkäufer werden per E-Mail vergeben. Am Korb ist in rot diese Verkäufernummer anzubringen. (eg)

www.TSV-Sondelfingen.de

Energie – Wie man im Reutlinger Unternehmen Schöller SI die Chancen für den Windkraftausbau im Süden sieht

Gespannter Blick nach Berlin

VON ANDREA GLITZ

REUTLINGEN. Im Zusammenhang mit dem Errichten eines neuen Windparks im Rammert hat der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer mächtig Wind gemacht und die aktuelle EEG-Förderung scharf kritisiert, weil sie Projekte im Süden massiv benachteilige. Der laute Alarm war auch gen Berlin gerichtet, wo das Bundeskabinett jüngst eine Novelle des EEG-Gesetzes vorgelegt hat. Sie soll zum 1. Januar 2027 in Kraft treten, bedarf aber noch der Zustimmung von Bundestag und EU-Kommission.

Auch in Reutlingen blickt man aufmerksam nach Berlin: Die Firma Schöller SI Erneuerbare ist schon lange im



Johannes Wild sieht unter anderem große Batteriespeicher als Gamechanger für den Süden.

FOTO: GLITZ

Geschäft, hat derzeit über 30 Windkraftanlagen in der Region in Planung oder im Verfahren. CEO Willi Schöller pflichtet dem Tübinger OB bei: »Palmer hat recht. Die Rahmenbedingungen sind schlecht.« Um in den Genuss einer 20 Jahre währenden EEG-Förderung zu kommen, müssen die Anlagenbetreiber bei den für Windenergie an Land vielmals jährlich stattfindenden Ausschreibungen der Bundesnetzagentur mitbieten. Dabei bekommen die Firmen aus dem windschwachen Süden den sogenannten Korrekturfaktor draufgerechnet, da sie sonst bei der Vergabe überhaupt keine Chancen gegen die Konkurrenz aus dem Norden hätten.

»Palmer hat recht. Die Rahmenbedingungen sind schlecht«

Über Jahre hinweg gab es wenig Genehmigungen für Windräder. Jetzt gibt es viele. Weil nun aber viele mitbieten, sind die Ausschreibungsvolumina der Bundesnetzagentur deutlich überzeichnet und zudem die EEG-Vergütungen deutlich gesunken. Der Süden bekam zuletzt wenig bis keine Zuschläge, berichten Willi Schöller und Geschäftsführer Johannes Wild. Die Reutlinger selbst haben sich dieses Jahr bei den Ausschreibungen gar nicht erst beworben, weil man sich keine Chancen ausgerechnet habe.

Solarparks funktionieren häufig ohne staatliche Unterstützung über PPA (Power Purchase Agreement), also Stromlieferverträge, die direkt mit einem Energieabnehmer geschlossen werden. Die Windkraft hingegen brauche Fördersupport. Zum Bieten bei den Ausschreibungen der Bundesnetzagentur benötige man die Baugenehmigung – und zur Finanzierung bei der Bank dann einen PPA-Vertrag oder eben einen Förderzuschlag. »Solange wir



Die Windkraft (hier der mittlerweile fertige Windpark Magolsheim) im Süden braucht bessere Förderung, fordern Politiker und Unternehmer.

FOTO: WURSTER



In Leuna steht einer der größten Batteriespeicher in Deutschland: Er kann rund 500 Megawattstunden überschüssigen Wind- und Sonnenstrom aufnehmen und ins Netz einspeisen: den durchschnittlichen Tagesbedarf von rund 125.000 Haushalten.

FOTO: SCHMIDT

keinen Zuschlag von der Bundesnetzagentur haben, bauen wir nicht«, sagt Wild. Deshalb sei es nun wichtig, dass die Berliner in die Puschen kommen: »Für die Planungssicherheit ist wichtig, dass das Gesetzesverfahren bald abgeschlossen wird.«

Derweil ist man im Schöller-Headquarter mit furioser Aussicht im Hochhaus Stuttgarter Tor optimistisch. »Wir machen unaufgeregt weiter«, sagt Wild. »Und wir gehen auch davon aus, dass die Rahmenbedingungen besser werden.« Tatsächlich ließ der erste Entwurf der Novelle aus dem Wirtschaftsministerium von Katherina Reiche Schlimmes befürchten. So sollte beispielsweise der Korrekturfaktor von 1,55 auf 1,5 gesenkt werden. Nun soll er auf 1,65 erhöht werden. Das, was er nun von der EEG-Novelle

höre, sei zu loben, sagt der Ingenieur für Energiewirtschaft und Energietechnik. Künftig solle der Strom da gemacht werden, wo er gebraucht wird. Der Ausbau werde so besser gesteuert, volkswirtschaftlich günstiger.

Im Entwurf ist tatsächlich die Rede davon, dass der Ausbau großer Erneuerbaren-Energien-Anlagen und Speicher »netzverträglicher« gestaltet und »regional besser verteilt« werden soll. Als Lenkungsmittel ist der Geldbeutel vorgesehen: An manchen Standorten sollen Betreiber neuer Anlagen keine Entschädigungszahlungen mehr vom Netzbetreiber bekommen, wenn sie ihre Kraftwerke zur Netzentlastung drosseln müssen: Die Redispatch-Kosten betragen 2025 immerhin rund 435 Millionen Euro. Geld, das letztlich vom Stromkunden bezahlt wird.

Die Novelle zeigt hier einen guten Ansatz für Johannes Wild: Im Norden werde viel Windstrom produziert, der aufgrund von Netzüberlastung nicht immer dorthin transportiert werden könne, wo er gebraucht wird: in den wirtschaftsstarken, stromhungrigen Süden, in dem noch wenig Anlagen stehen. Deshalb gebe es im Süden kaum Redispatch durch Windkraft. »Ihr Ausbau dort macht Sinn und würde die Systemkosten senken.«

»Der Ausbau im Süden senkt die Systemkosten«

Vorgesehen sind im Entwurf auch zusätzliche Ausschreibungsmengen von insgesamt zwölf Gigawatt. Derweil wünscht man sich nicht nur bei der Firma Schöller einen Extra-EEG-Fördertopf für den Süden. »Ein eigenes Kontingent wäre sinnvoll.«

Großbatteriespeicher heißt indes das Gebot der Stunde für das Unternehmen im Stuttgarter Tor. Sie können Strom sammeln, wenn Wind und Sonne gleichzeitig pöwen und Netze überlasten. Fehlt es bei Dunkelheit und wenig Wind dann an Energie, kann die Ernte teuer verkauft werden.

Ein guter Teil der Stromversorgung in Deutschland könne mit Erneuerbaren Energien und dem Einsatz von Großbatterien gedeckt werden, meint Wild. Die Energie müsste weniger subventioniert werden. Damit werde sich auch der Strompreis »glätten«. Der von Ministerin Reiche geplante Ausbau der Gaskraftwerke ist für Johannes Wild allerdings Indikator, dass Deutschland noch zu sehr an den fossilen Energien hängt.

Australien mache vor, wie statt neuer Gaskraftwerke konsequent Großbatterien zur Netzstabilisierung eingesetzt werden können. In Europa forciert vor allem auch Großbritannien den Speichereinsatz: Beim Ausbau hilft unter anderem der deutsche Energiekonzern RWE.

Die Schöller SI habe noch keine Speicher, plane aber welche, berichtet der Geschäftsführer. Der 32-Jährige spricht auch von rechtlichen und regulatorischen



Willi Schöller pflichtet Boris Palmer in Sachen schlechte Rahmenbedingungen bei.

FOTO: PRIVAT

Hürden, die den Ausbau bremsen. Es wiehert offensichtlich der deutsche Amtschimmel. Die Forderung aus Reutlingen daher gen Berlin: Batteriespeicher unbürokratisch möglich machen. Wie in Zukunft das Ideal aussieht für ein Schöller-Projekt? Standorte, an denen man gebündelt sowohl PV-Anlagen und Windräder als auch Batteriespeicher und ein Umspannwerk errichten dürfe. (GEA)

Förderung – Was man beim Regionalverband Neckar-Alb zum schwierigen Thema Windkraft-Ausbau sagt

»Katherina Reiche könnte dem Süden helfen«

KREIS REUTLINGEN. Deutlich überzeichnetes Ausschreibungsvolumen für die EEG-Förderung, deutlich gesunkene Vergütungen, praktisch keine Förderzuschläge für Anlagen im Süden: Auch beim Regionalverband Neckar-Alb bezeichnet man die aktuellen Rahmenbedingungen für den Ausbau der Windkraft im Süden als »schlecht, da hat Boris Palmer recht« laut Verbandsdirektor Dr. Dirk Seidemann.

Rund vier Jahre hat der Regionalverband in mühevoller Arbeit 32 Vorranggebiete für Windkraftstandorte in den Landkreisen Reutlingen, Tübingen und Zol-

lernalbkreis ermittelt und nun im Regionalplan ausgewiesen. Dennoch: »Wir sehen das nicht so düster.« Die Standort-suche sei nicht überflüssig gewesen. Reiche doch ihre Perspektive »mittel- bis langfristig« in die Zukunft. Seidemann nennt einen Zeitraum von 15 Jahren, in denen sich Rahmenbedingungen stets ändern könnten, gebe es doch »Wellenbewegungen«. Aufgrund der laufenden EEG-Novelle werde das Thema gerade intensiv diskutiert. Man müsse nun abwarten, was das Parlament aus dem Kabinettsentwurf mache. Der Regional-



Dirk Seidemann sieht »Wellenbewegungen«.

FOTO: SANDER

planer hofft auf Unterstützung aus dem Wirtschaftsministerium: »Katherina Reiche könnte dem Süden helfen.«

Der hiesige Verband habe indes mit dem Teilregionalplan seinen Beitrag für den Ausbau geleistet, das Flächensoll mit fast 2,8 Prozent sogar übererfüllt. Der Auftrag an die Regionalverbände in Baden-Württemberg hieß, mindestens 1,8 Prozent der Landesfläche für Windkraft auszuweisen. Sie sind nun planungsrechtlich reserviert. Anlagen können dort genehmigt werden.

Ob ein Standort dann tatsächlich jemals bebaut wird, bleibt abzuwarten und hängt maßgeblich auch von seiner Wirtschaftlichkeit ab. (igl)